

Schriftenreihe

Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Christoph Aust

Der Schutz personenbezogener Daten eines Whistleblowers in der Europäischen Kommission



Nomos

Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dres. h.c. Jürgen Schwarze,
Direktor des Europa-Instituts Freiburg e.V.,
Universität Freiburg

Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg

Band 398

Christoph Aust

Der Schutz personenbezogener Daten
eines Whistleblowers in der
Europäischen Kommission



Nomos

Die Veröffentlichung der Dissertation wurde durch einen Druckkostenzuschuss der Dr.-Carl-Böse-Stiftung unterstützt.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8086-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-2504-0 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Mutter

*„Angestellte müssen die Freiheit haben alles zu sagen,
damit den Arbeitgebern die Freiheit genommen wird, alles zu tun.“¹*

¹ Inspiriert durch: *„Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun“* von Louis Terrenoire.

Vorwort

Einen herzlichen Dank gebührt meinem Doktorvater Prof. Dr. Armin Hatje, der die Thematik dieser Dissertation nicht nur anregte, sondern auch den Entstehungsprozess mit großem Interesse und vielen wertvollen Anregungen begleitet hat. Zugleich bedanke ich mich bei ihm für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Europäisches Recht, Wirtschaft und Politik“.

Daneben danke ich Prof. Dr. iur. Dipl.-Soz. Marion Albers für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ferner bedanke ich mich bei der Dr.-Carl-Böse-Stiftung, die bereit war meine Dissertation mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss zu unterstützen.

Des Weiteren möchte ich mich besonders bei meiner Familie und meinen Freunden bedanken, die mir während der Ausbildung und der Dissertationszeit auf verschiedene Art zur Seite standen. Ihr habt sehr zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Von Herzen danke ich dabei meiner Freundin Jana, besonders für die kritischen Anmerkungen und ihren Rückhalt in allen Phasen der Entstehung dieser Arbeit.

Der größte Dank gilt meiner Mutter, die mich auf meinem Weg bis zur Dissertation jederzeit uneingeschränkt unterstützt und ermutigt hat und so die Basis für meine persönliche und berufliche Entwicklung geschaffen hat. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Lübeck, 5. Januar 2021

Christoph Aust

Inhaltsverzeichnis

Hinweis zur Genderung	19
1. Teil: Einleitung	21
A. Problemaufriss	21
B. Methodik, Gang und Ziel der Untersuchung	22
2. Teil: Das Phänomen Whistleblowing	27
A. Etymologie und Genese des Whistleblowings	27
B. Entwicklung in Europa anhand von Fallbeispielen	31
C. Entwicklung in Deutschland	36
3. Teil: Eine Europarechtliche Definition des Whistleblowings	37
A. Herleitung aus partiellen Whistleblowing-Regelungen	38
I. Whistleblowing-Regelung im EU Beamtenstatut	39
II. Übertragbarkeit der Whistleblowing-Regelung	42
B. Herleitung aus den Grundrechten	43
I. Grundrechte der Europäischen Union	43
1. Die verschiedenen Grundrechtsquellen der EU	44
2. Auswirkungen der EMRK auf die Grundrechtecharta	45
3. Anwendungsbereich der europäischen Grundrechte	50
II. Whistleblowing im europäischen Grundrechtsgefüge	51
1. Meinungsfreiheit des Whistleblowers	52
a) Bedeutung der Meinungsfreiheit	52
b) Meinungsfreiheit im Unternehmen	53
c) Schutzbereich der Meinungsfreiheit	54
2. Grundrechte des Arbeitgebers	57
3. Bestandteile einer Whistleblowing-Definition	59
a) Objektive Voraussetzungen	59
aa) Die Akteure des Whistleblowings	59
(1) Die verschiedenen Berufsgruppen	60
(2) Die verschiedenen Berufssituationen	65

Inhaltsverzeichnis

bb)	Das meldefähige Verhalten des Arbeitgebers	67
(1)	Verstoß gegen kodifiziertes Recht	67
(2)	Verstoß gegen Moral und Ethik	68
(3)	Gesetzesverstoß im Ausland	71
cc)	Das Verfahren des Whistleblowings	72
(1)	Herkunft der Information	72
(2)	Prüfungspflichten des Whistleblowers	73
(3)	Art und Weise der Informationsweitergabe	76
(4)	Externes und internes Whistleblowing	78
b)	Subjektive Voraussetzungen	81
c)	Zusammenfassung	85
4. Teil:	Der Schutz personenbezogener Daten eines Whistleblowers	86
A.	Eine exemplarische Einleitung: Der Fall Stanley Adams	86
B.	Verarbeitung personenbezogener Daten in der EU-Kommission	87
I.	Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	88
II.	Die Datenschutzverordnung im Kontext des Whistleblowings	91
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	91
2.	Begriffsbestimmungen	92
a)	Der Personenbezug eines Datums	92
b)	Die Datenverarbeitung	95
aa)	Das Erheben, Erfassen, Verwenden und Speichern der Daten	97
bb)	Die Offenlegung, Übermittlung, Verbreitung oder Bereitstellung	100
cc)	Das Löschen und Vernichten	100
3.	Die Datenverarbeitungsgrundsätze	101
a)	Grundsatz der Rechtmäßigkeit, Treu und Glauben und Transparenz	102
b)	Grundsatz der Zweckbindung	105
c)	Grundsatz der Datenminimierung	109
d)	Grundsatz der Richtigkeit	114
e)	Grundsatz der Speicherbegrenzung	117
f)	Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit	118
4.	Die Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	120
a)	Einwilligung der betroffenen Person	121

b) Schutz lebenswichtiger Interessen einer natürlichen Person	122
c) Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung	124
d) Ausübung öffentlicher Gewalt im öffentlichen Interesse	127
5. Das Pflichtenprogramm des Verantwortlichen	129
a) Allgemeine Pflichten des Verantwortlichen	129
b) Informationspflichten und Auskunftsrechte	130
aa) Die Informationspflicht des Verantwortlichen	131
(1) Verhältnis von Absatz 1 und Absatz 2	132
(2) Der Whistleblower als Quelle personenbezogener Daten	136
(3) Ausnahmen von der Informationspflicht	139
bb) Das Auskunftsrecht der betroffenen Person	143
c) Die Beschränkung der Betroffenenrechte	145
aa) Formelle Anforderungen	147
(1) Ad-hoc-Beschränkung	147
(2) Beschränkung aufgrund interner Vorschriften	148
bb) Materielle Anforderungen	149
(1) Der Beschränkungszweck	149
(a) Straftaten und Strafvollstreckung	150
(b) Schutz des Betroffenen oder Rechte und Freiheiten anderer Personen	152
(c) Sonstiges wichtiges Ziel von allgemeinem öffentlichem Interesse	156
(d) Kontroll-, Überwachungs- und Ordnungsfunktionen	156
(2) Achtung des Wesensgehalts der Grundrechte und Grundfreiheiten	157
(3) Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Beschränkung	158
(4) Die Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	159
cc) Beschränkung der Betroffenenrechte im Kontext der Wettbewerbsaufsicht	160
(1) Wahrung der formellen Anforderungen	162
(2) Wahrung der materiellen Anforderungen	163
(a) Der Beschränkungszweck	164

Inhaltsverzeichnis

(b) Achtung des Wesensgehalts der Grundrechte und Grundfreiheiten	165
(c) Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Beschränkung	166
(3) Fazit	168
dd) Konklusion	168
III. Die verschiedenen Fehlersituationen bei der Datenverarbeitung	171
1. Auswirkungen auf den Erlaubnistatbestand der Datenverarbeitung	171
a) Stadien einer Erlaubnistatbestandsprüfung	172
aa) Der Abgleich personenbezogener Daten mit den Erlaubnistatbeständen	172
bb) Die Löschung rechtswidriger Daten	176
cc) Die Informationspflicht und das Auskunftsrecht bei rechtswidrigen Daten	176
dd) Ausnahmen von der Löschungspflicht im Kontext von Rechtsansprüchen	178
ee) Fazit	179
b) Szenarien fehlerhafter Datenverarbeitung beim Whistleblowing	179
aa) Personenbezogene Daten sind sachlich falsch	179
bb) Informationen des Hinweisgebers sind falsch	180
cc) Hinweisgeber erfüllt nicht die Voraussetzungen des Whistleblowings	181
(1) Darstellung der Datenverarbeitungsebenen	182
(2) Der Grundsatz der Datenminimierung	183
(3) Die Erforderlichkeit der Datenverarbeitung	186
dd) Fazit	187
2. Auswirkungen auf die Betroffenenrechte	187
a) Auswirkungen auf die Informationspflicht des Verantwortlichen	188
b) Auswirkungen auf das Auskunftsrecht des Betroffenen	191
c) Auswirkungen auf die Beschränkung der Betroffenenrechte	192
IV. Konklusion	193
1. Erhebung der personenbezogenen Daten	193
2. Beschränkung der Betroffenenrechte durch den Beschränkungsbeschluss	194

3. Beschränkung der Betroffenenrechte außerhalb des Beschränkungsbeschlusses	195
C. Datenschutz durch strukturelle Maßnahmen	198
I. Der Datenschutzbeauftragte als Komponente des Datenschutzes	199
1. Der innerinstitutionelle Datenschutzbeauftragte	199
a) Die Beratungs- und Kontrollfunktion	200
b) Die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten	201
2. Der Europäische Datenschutzbeauftragte	203
a) Die Beratungs- und Kontrollfunktion	204
b) Die Unabhängigkeit des Europäischen Datenschutzbeauftragten	207
II. Das Meldesystem bei Datenschutzverletzungen	208
III. Der Rechtsschutz nach der Datenschutzverordnung	212
1. Außergerichtlicher Rechtsschutz des Betroffenen	212
a) Beschwerderecht beim Europäischen Datenschutzbeauftragten	213
aa) Anforderungen an das Beschwerderecht	213
bb) Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Beschwerdeverfahren	220
cc) Struktureller Datenschutz mithilfe des Beschwerderechts	221
dd) Die Beschwerde eines Whistleblowers	221
ee) Besonderheiten für Beschäftigte und Bedienstete der EU	223
b) Beschwerderecht beim innerinstitutionellen Datenschutzbeauftragten	225
aa) Anforderungen an das Beschwerderecht	225
bb) Struktureller Vergleich der Datenschutzbeauftragten	227
c) Beschwerderecht beim Verantwortlichen	228
d) Fazit	231
2. Gerichtlicher Rechtsschutz des Betroffenen	232
a) Rechtsgrundlagen	232
b) Klagegegenstand und Klageberechtigung	235
c) Klagegegner	237
d) Klagebefugnis	238
e) Zeitliche Anforderungen an die Klage	239
aa) Frühestmögliche Klageerhebung	240
bb) Ende der Klagefrist	242

Inhaltsverzeichnis

f) Rechtsschutzinteresse	244
g) Prüfungsmaßstab	245
3. Das Verhältnis der Rechtsbehelfe	245
4. Die stellvertretende Geltendmachung von Rechtsbehelfen	248
a) Organisationsstruktur	248
b) Tätigkeitsfeld der Organisation	249
c) Anforderungen an die Beauftragung der Organisation	250
d) Gegenstand der Beauftragung	251
e) Einordnung in ein strukturelles Datenschutzkonzept	252
f) Whistleblowing mithilfe einer Organisation	253
IV. Der Schadensersatzanspruch	254
1. Anspruchsvoraussetzungen	255
a) Anspruchsberechtigter	255
b) Anspruchsgegner	257
c) Verordnungswidriges Verhalten	257
d) Verschulden	258
e) Schaden	259
aa) Voraussetzungen materieller oder immaterieller Schäden	259
bb) Mögliche Schäden beim Whistleblowing	263
f) Kausalität	265
g) Beweislastverteilung	267
2. Rechtsfolgen	268
a) Bezifferung materieller Schäden	268
b) Bezifferung immaterieller Schäden	269
c) Art der Ersatzleistung	272
d) Verzinsung des Schadensersatzbetrages	273
e) Schadensmindernde Faktoren	274
f) Feststellung der Schadenshöhe	274
3. Verjährung	275
4. Innenausgleich	280
5. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	281
V. Geldbußen des Europäischen Datenschutzbeauftragten	283
1. Sinn und Zweck	284
2. Verfahren	284
3. Bestimmung der Sanktionshöhe	287
VI. Fazit	287

Inhaltsverzeichnis

5. Teil: Schlussbetrachtung	292
A. Kernthesen	292
B. Entwicklungsperspektiven und Ausblick	297
Literaturverzeichnis	303

Hinweis zur Genderung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen in dieser Dissertation verzichtet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des anderen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung ausdrücklich als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

